

# NZZ am Sonntag

## Ukraine

### Mehr Offenheit gegenüber den Verbündeten ist angebracht

Die Ukraine lässt die Russen über den Beginn ihrer Gegenoffensive im Unklaren. Das ist sicherlich klug. Täuschen gehört zum Handwerk guter Militärstrategen. Dumm nur, dass auch die Verbündeten der Ukraine im Westen offenbar nicht immer im Bild sind, was in Kiew entschieden wird. Das betrifft vor allem die Operationen diverser ukrainischer Geheimdienste. Sie werken vor sich hin, möglicherweise unabhängig voneinander, hoffentlich zumindest in Kenntnis von Regierung und Armee. Für den Westen ist das Ergebnis dieser Operationen jedenfalls oft eine unangenehme Überraschung. Nach 15 Monaten Krieg ist einiges zusammengekommen: Politische Morde in Russland scheinen auf das Konto ukrainischer Agenten zu gehen, ebenso der Drohenangriff auf den Kreml Anfang Mai. Der Husarenritt einer bewaffneten Freischar über die russische Grenze zu Wochenbeginn wird nicht ohne Koordinierung mit einem ukrainischen Militärgeheimdienst möglich gewesen sein. Neue Belege sollen aufgetaucht sein, die nahelegen, dass ukrainische Agenten die North-Stream-Pipelines in die Luft gesprengt haben könnten. Die Regierungen im Westen, die deutsche zumal, bringt das in Verlegenheit. Sie wollen einen berechenbaren Partner in Kiew. Sie liefern die Waffen, also können sie auch mehr Transparenz und Umsicht verlangen. *Markus Bernath*

## Einlagensicherung

### Der Bund muss die Banken in die Haftung nehmen

Lügen haben kurze Beine. Lebenslügen haben Stelzen, doch irgendwann brechen auch sie ein. Die Rettung der Credit Suisse per Notrecht war ein solches Erweckungserlebnis. Ausländische Behörden forderten seit Jahren eine staatliche Liquiditätssicherung. Doch es brauchte die Fast-Pleite der CS, bis das Finanzdepartement diese Woche eine Vorlage mit Staatsgarantie präsentierte. Mindestens so gravierend sind die Schwachstellen bei der Einlagensicherung. Hier geht es um das Eingemachte: Wie sicher sind unsere Ersparnisse? Für den Internationalen Währungsfonds war die Antwort schon 2019 klar: nicht sehr sicher. Die Schweizer Einlagensicherung - eine Selbstregulierungsorganisation der Banken - ist eine Mogelpackung. Die Beitragspflicht der Geldhäuser ist auf 1,6 Prozent aller gesicherten Guthaben beschränkt, und nicht einmal dieser Betrag ist voll einbezahlt. Finanzministerin Karin Keller-Sutter sollte nachholen, worum sich ihr Vorgänger Ueli Maurer drückte. Sie wird nicht um eine Bundesgarantie herumkommen. Vor allem muss sie aber die Banken in die Haftung nehmen und eine solid kapitalisierte Einlagensicherung einfordern. Sonst wird die nächste Bankenkrise erneut zur Notrechtsübung. *Guido Schätti*

## Unterhaltung

### Am gestreamten Lagerfeuer

Mit Sport und Serien haben die Streamingdienste das Publikum angefixt, sie liefern das Angebot im Abonnement ins Haus, wo jedes Familienmitglied in einem anderen Zimmer sich seine Inhalte anschaut, was der Vereinzelung Vorschub leistet. Und jetzt erhöhen die Dienste auch noch die Preise! Das ist die kulturpessimistische Sicht. Es gibt eine optimistischere Variante: Gerade die gestiegenen Preise könnten dazu führen, dass sich Menschen vermehrt haushaltsübergreifend vor dem Bildschirm versammeln, etwa um gemeinsam mit Freunden das Spitzenspiel der englischen Fussballmeisterschaft oder zusammen mit den Nachbarn die neue Staffel einer Kultserie zu sehen - so wie einst die Skirennen in der Dorfbeiz. *Thomas Isler*

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

### In der Schweiz wird es heisser, aber im Süden sterben die Menschen

Ärmere Länder sind von den Auswirkungen der Klimakrise weit stärker getroffen als wir. Sofortiger Klimaschutz ist ökonomisches Gebot und humanitärer Imperativ, **findet Rupa Mukerji**

In der Schweiz steigen die Temperaturen doppelt so schnell wie im weltweiten Durchschnitt. Die Folgen sind laut Meteo Schweiz und der ETH trockenere Sommer mit mehr Hitzetagen und heftigeren Niederschlägen sowie schneearme Winter. Heute schon sind hierzulande Schäden und Folgekosten der Klimakrise deutlich sichtbar; die Anpassungsmassnahmen belaufen sich bereits auf Hunderte von Millionen Franken - pro Jahr. Je länger wir mit Klimaschutz warten, desto schlimmer und teurer wird die Zerstörung. Der Umkehrschluss gilt indes auch: Investieren wir heute in erneuerbare Energien und effiziente Mobilität, in nachhaltige Ernährung und verantwortungsvolle Industrieprozesse, sparen wir in Zukunft sehr viel Geld.

Nicht primär um Geld, sondern oftmals ums nackte Überleben geht es derzeit für Millionen von Menschen in ärmeren Ländern. Zerstörerische Zyklone wüten in Madagaskar, Moçambique oder Malawi. Einige hundert Kilometer nördlich leiden die Menschen in Ostafrika unter der schlimmsten Dürre seit Jahrzehnten: ausgetrocknete Böden und verendete Nutztiere, so weit das Auge reicht. Als Nichtregierungsorganisation, die sich für Notleidende einsetzt, erlebt Helvetas derzeit hautnah, wie bedrohlich die Situation vielerorts in armen Ländern ist.

Ich habe als zivilgesellschaftliches Mitglied der Schweizer Delegation an der Klimakonferenz 2022 in Sharm al-Sheikh hautnah miterlebt, wie sich die Schweiz mit Nachdruck dafür einsetzt, dass die Weltgemeinschaft Massnahmen ergreift, um den im Pariser Abkommen festgelegten Schwellenwert von 1,5 Grad Erwärmung einzuhalten. Dass aber unsere nationale Klimapolitik noch nicht auf dieses Ziel ausgerichtet ist, ist unverantwortlich. Im Zentrum der Lösung steht das Konzept der «gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und Kapazitäten». Das bedeutet: Die Länder sollten das Klima auf der Grundlage von

Gerechtigkeit und entsprechend ihrer Handlungsmöglichkeiten schützen. Es liegt auf der Hand, dass die Schweiz dank ihrem technologischen Vorsprung, ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und ihrem Innovationspotenzial über eine hohe Handlungsfähigkeit verfügt.

Die IPCC-Berichte des Weltklimarats machen deutlich, dass die Entscheidungen, die wir heute treffen, unsere Zukunft bestimmen. Wir könnten auf eine Welt zusteuern, auf der es im Durchschnitt drei bis vier Grad wärmer ist, möglicherweise doppelt so viel in der Schweiz, ohne Schnee, mit eingeschränkten Möglichkeiten im Freien und gravierenden Gesundheitsfolgen - aber als wohlhabendes Land sicherlich mit Zugang zu Klimaanlagen, angetrieben durch fossile Brennstoffe, die wir aus anderen Staaten zu wachsenden Kosten importieren.

In zahlreichen Ländern, in denen Helvetas arbeitet, ist eine Anpassung hingegen nur mit sehr viel Aufwand möglich. Ländliche

Existenzen kommen unter Druck, und die Menschen haben keine andere Wahl, als in die Städte abzuwandern, denen es an angemessener Infrastruktur fehlt. Die akute Nahrungs- und Wasserknappheit trifft 35 Millionen Personen allein in Somalia, Äthiopien und Kenya. Das entspricht fast viermal der Schweizer Bevölkerung. Zeitgleich nehmen andernorts Überschwemmungen mit fürchterlichen Folgen zu: Der Rekordmonsun letztes Jahr hat in Pakistan einen Drittel des Landes überschwemmt. Mehr als 1700 Menschen haben ihr Leben verloren; über 33 Millionen Menschen sind von den Folgen der Katastrophe betroffen.

Laut dem Bundesamt für Umwelt halten 84 Prozent der Schweizer Bevölkerung die Klimakrise für ein bedeutendes Problem. Gleichzeitig liegt die Schweiz mit ihrem Klimafussabdruck weltweit auf Platz 13. Die globale Auswirkung des hiesigen Wirtschafts- und Finanzplatzes auf das Klima ist um ein Vielfaches grösser als die Schweizer Emissionen im Inland. Das zeigt auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse mit der Studie «Klimastandort Schweiz» von McKinsey.

Da die Vergangenheit uns gelehrt hat, dass Freiwilligkeit und Eigeninitiative nicht ausreichen für massgebliche Verbesserungen, braucht es nun das Klimaschutzgesetz - auch aus entwicklungspolitischer Perspektive. Dieses sichert die Energieversorgung im eigenen Land und fördert Innovation und Wettbewerbsfähigkeit; das Gesetz unterstützt die Produktion einheimischer Energie, was Wertschöpfung im Inland erzeugt. Ausserdem befreien wir uns aus der Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten und können eine Vorbildrolle übernehmen. Aus globaler Perspektive geht es letztlich um nichts weniger als um Klimagerechtigkeit und um die Auswirkungen unseres Handelns hier auf die Ärmsten im globalen Süden. Denn wir leben in einer vernetzten Welt. Und das Klima macht bekanntlich nicht an Landesgrenzen halt.

### Rupa Mukerji



Rupa Mukerji, 55, ist Geschäftsleitungsmitglied der Schweizer Entwicklungsorganisation Helvetas. Die Expertin für Anpassung an die Klimakrise engagiert sich in Fachgremien wie dem Climate Justice Resilience Fund. Als Hauptautorin hat sie zum Weltklimabericht des IPCC beigetragen.